

AMD des UKM und der Universität

Datenschutzrechtliche Aufklärung und Einwilligung incl. Information gem. Art.13 DSGVO

.....
Name des Einwilligenden (*gn) in Druckbuchstaben

geb. am

Aufklärung zum Sachverhalt sowie gem. Art.13 DSGVO

Sie stellen sich im Rahmen einer arbeitsmedizinischen Vorsorge (-Untersuchung) bzw. einer anderen Präventionsmaßnahme (Impfung etc.) im Arbeitsmedizinischen Dienst, AMSD, vor. Eine arbeitsmedizinische Untersuchung kann im Rahmen der betriebsärztlichen Betreuung zu Ihrem eigenen Gesundheitsschutz oder als personalärztliche Untersuchung erfolgen. Der Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ist uns unabhängig vom Untersuchungsanlass wichtig. Nach der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) sind wir verpflichtet, Sie darüber zu informieren, zu welchem Zweck der AMSD Daten erhebt, speichert oder weiterleitet. Dieser Information können Sie auch entnehmen, welche Rechte Sie bezüglich des Datenschutzes haben.

Wozu werden personenbezogene Daten verarbeitet (Zweck)?

Die arbeitsmedizinische Vorsorge (-Untersuchung) oder eine andere Präventionsmaßnahme (Impfung etc.) dient im Wesentlichen Ihrem eigenen Gesundheitsschutz und soll Ihnen helfen, Ihre Tätigkeit im Laufe Ihres Berufslebens gesund und leistungsgerecht ausüben zu können. Sollten Sie im Rahmen einer Einstellungsuntersuchung bzw. einer personalärztlichen Untersuchung bei uns sein, dient die Untersuchung weiter zur Feststellung Ihrer gesundheitlichen Eignung für die ausgeübte oder angestrebte Tätigkeit.

Die Datenverarbeitung erfolgt damit einerseits aufgrund gesetzlicher Vorgaben sowie andererseits des Rechtes des Arbeitgebers, vor Einstellung zu prüfen, ob eine gesundheitliche Eignung für die angestrebte Tätigkeit vorliegt. Weiter ist der Arbeitgeber berechtigt im Rahmen tarifvertraglicher Regelungen die Fähigkeit eines Arbeitnehmers überprüfen zu lassen, die arbeitsvertragliche Leistung zu erbringen. Rechtsgrundlagen für arbeitsmedizinische Untersuchungen können damit Arbeitsmedizinische Vorsorgeverordnung (ArbMedVV), Arbeitsschutzgesetz, Arbeitssicherheitsgesetz, Infektionsschutzgesetz, Strahlenschutzverordnung, Fahrerlaubnisverordnung, tarifvertragliche Regelungen sowie arbeitsrechtliche Vorschriften sein.

Werden die notwendigen Informationen nicht bereitgestellt, kann eine sorgfältige Beratung nicht erfolgen bzw. eine notwendige Beurteilung nicht abgegeben werden. Die Erhebung von Gesundheitsdaten ist Voraussetzung für Ihre Beratung und Beurteilung, ggf. auch Behandlung im Rahmen arbeitsmedizinischer Fragestellungen.

Empfänger der Daten

Medizinische Daten werden von uns nur dann an Dritte (Hausarzt, beh. Facharzt, Klinik) weitergegeben, wenn Sie zuvor Ihr Einverständnis erklärt haben. Stellungnahmen an den Arbeitgeber (Geschäftsbereich Personal) enthalten grundsätzlich keine medizinischen Daten. Die ärztliche Schweigepflicht gilt uneingeschränkt. Je nach Grund der arbeitsmedizinischen Untersuchung/Vorsorge erhält der Arbeitgeber lediglich eine Information über die erfolgte Teilnahme und einen Folgetermin. Möglich ist auch eine Information über ggf. bestehende arbeitsmedizinische Bedenken. Bei personalärztlichen Untersuchungen kann der Arbeitgeber auch ein Leistungsbild sowie ggf. eine arbeitsmedizinische Bewertung zur Eignung für einen Arbeitsplatz erhalten. In diesen Fällen werden Sie zeitgleich über die Stellungnahme des AMSD informiert. Zum Zweck der Abrechnung können notwendige Daten übermittelt werden. Im Einzelfall erfolgt die Übermittlung von Daten an weitere berechtigte Empfänger.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung

Für die Erhebung und Verarbeitung der genannten personenbezogenen Daten bestehen folgende Rechtsgrundlagen:

- Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a EU-DSGVO bzw. Art 9 Abs. 2 lit.a, wenn Gesundheitsdaten betroffen sind.
- Auflagen von Aufsichts- und Genehmigungsbehörden
- Schutz lebenswichtiger Interessen
- Öffentliches Interesse (Infektionsschutzgesetz)
- Arbeits- und tarifrechtliche Vorgaben (Einstellungsvoraussetzungen, § 3 TV-L etc.)
- Rechtsvorschriften in der Sozialgesetzgebung (SGB V, SGB VII)

- Rechtsvorschriften im Arbeitsschutz sowie weitere Rechtsvorschriften in denen eine arbeitsmedizinische/ärztliche Untersuchung/Stellungnahme gefordert ist (ArbMedVV, Strahlenschutzverordnung, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Biostoffverordnung, Gefahrstoffverordnung, Gentechniksicherheitsverordnung, Fahrerlaubnisverordnung, etc.).
- Vertragliche Regelungen (z. B. zur Abrechnung von Leistungen)

Konkrete Dauer der Speicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden nach den gesetzlichen Vorschriften (z. B. der ArbMeddVV oder anderer gesetzlichen Regelung) gespeichert. Die Dauer der Speicherung ist vom Gesetz bzw. Ordnungsgeber festgelegt. Im Bereich der arbeitsmedizinischen Vorsorge werden die Daten zwischen 10 Jahren und 40 Jahren nach Abschluss der Behandlung, Beratung und Beurteilung gespeichert.

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht jederzeit die datenschutzrechtliche Einwilligung rückgängig zu machen (zu widerrufen). Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. (Widerruf mit Wirkung für die Zukunft). Richten Sie den Widerruf an den Verantwortlichen (s.u.).

Namen, Kontaktdaten des Verantwortlichen

Die Verantwortung für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten hat:

UKM
Arbeitsmedizinischer und Sicherheitstechnischer Dienst des UKM (AMSD)
Domagkstr. 28
48149 Münster
T: 0049 (0)251 - 83- 56081
E-Mail: amsd@ukmuenster.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Universitätsklinikum Münster
Datenschutzbeauftragter UKM
Albert-Schweitzer-Campus 1
48149 Münster
T: 0049 (0)251 - 83- 49694
E-Mail: datenschutz@ukmuenster.de

Hinweis auf ihre Rechte als Betroffene*r

Gemäß Art. 13 Abs. 2 lit. b der Datenschutzgrundverordnung haben Sie das Recht auf
Auskunft (Art 15 DSGVO und § 34 BDSG)
Widerspruch (Art. 21 DSGVO und § 36 BDSG)
Datenübertragbarkeit (Art 20 DSGVO)
Löschung (Art 17 DSGVO und § 35 BDSG)
Einschränkung der Verarbeitung (Art 18 DSGVO)
Berichtigung (Art 16 DSGVO)

Zur Geltendmachung der genannten Rechte nutzen Sie bitte das Formular, das unter folgender Adresse im Internet abrufbar ist:
www.betroffenenrechte.ukmuenster.de

Weiterhin haben Sie das Recht, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzulegen:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf
Tel.: 0211/38424-0

Hiermit willige ich freiwillig in die Erhebung und Verarbeitung meiner personenbezogenen Daten ein. Ich bin ausreichend informiert worden und hatte die Möglichkeit Fragen zu stellen. Über die Folgen eines Widerrufs der datenschutzrechtlichen Einwilligung bin ich aufgeklärt worden.

Die schriftliche Aufklärung und Einwilligung habe ich erhalten.

Datum _____

Unterschrift (Betroffener oder Sorgeberechtigter) _____